

# LVBS

Sachsen e. V.

Dresden

Leipzig

Chemnitz

- Der Berufsschullehrerverband -

## LVBS konkret

11. Jahrgang - Ausgabe Januar / Februar 2015

### In dieser Ausgabe:

Zu Beginn des Jahres	2
Wie viel Staat braucht Staat?	3
Vorbereitung Tarifverhandlungen	6
Deutscher Arbeitgeberpreis 2014	10
20. ÖPR-Stammtisch	11
Neue Ausbildung im Büro	13
Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2015	14
Service / Termine	16



# ***Zu Beginn des Jahres 2015***

von

Reinhard Plicka  
1. Vorsitzender

und

Dirk Baumbach  
2. Vorsitzender



## **Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

wir hoffen, Sie konnten ein besinnliches Weihnachtsfest im Kreis Ihrer Familie erleben und sind mit Schwung in dieses neue Jahr 2015 gestartet.

Gewöhnlich werden die Silvesterfeierlichkeiten von einer Fülle guter Vorsätze begleitet, die dann leider irgendwie wieder in Vergessenheit geraten.

Unsere regierenden Landespolitiker haben ihre Vorhaben für die nächsten Jahre im Koalitionsvertrag als Absichtserklärung festgeschrieben. Danach will man verstärktes Augenmerk auf die Bildungslandschaft Sachsens richten. Die Inhalte decken sich weitestgehend auch mit unseren Forderungen. „Ausscheidende Lehrkräfte sollen eins zu eins ersetzt werden. Mit zusätzlichen unbefristeten Einstellungen soll die größte Not an Sachsens Schulen gelindert werden. Mit einem Personalentwicklungskonzept soll auf bedarfsorientierte Lehrerausbildung orientiert werden. Die Lehrerbildung soll evaluiert werden. Über Maßnahmen zu Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs soll ernsthaft nachgedacht werden. Zur Sicherung des Unterrichts an den berufsbildenden Schulen sollen bei der Lehrkräftegewinnung neue Wege gegangen werden. Die Beruflichen Schulzentren sollen weiter zu Kompetenzzentren entwickelt werden.“ Eine Vielfalt an Inhalten, deren Umsetzung spannend wird.

Materielle Anreize sind notwendig, um Lehrkräfte auch für einen Einsatz auf dem Lande zu „begeistern“ und so Bildung gewissermaßen flächendeckend anzubieten. Denkt man konsequent weiter, so müssen noch etliche „Baustellen“ in der sächsischen Bildungslandschaft in Angriff genommen werden.

Der Blick richtet sich jetzt nach vorn, wohl wissend, dass die Versäumnisse der zurückliegenden Zeit von uns angemahnt, aber nie ernsthaft von den Regierenden aufgegriffen wurden. Es bleibt, dass die guten Vorsätze nicht nur im Kurzzeitgedächtnis abgespeichert, sondern in das Langzeitgedächtnis überführt werden. Bekanntermaßen helfen da stetige Wiederholungen gegen das vorzeitige Vergessen.

Lassen Sie uns gemeinsam die anstehenden Probleme im Sinne einer heranwachsenden Lehrergeneration angehen und lösen helfen. Auch wenn die Straße „Bildung“ in Sachsen im Laufe der Jahre gehörige Löcher bekam, so ist das duale System der beruflichen Bildung europaweit das Fundament für erfolgreiche Ausbildung im Dienste unserer SchülerInnen.

Unter diesem Motto widmete sich der Sächsische Beamtenbund am 20.11.2014 den zentralen Forderungen seines letzten Gewerkschaftstages.

*„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden. Die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden.“*

Mit diesen Worten des römischen Staatsmannes Marcus Tullius Cicero (106 bis 43 v. C.) verwies der Landesvorsitzende des SBB Gerhard Pöschmann darauf, dass die richtige Proportion einer Staatsverwaltung nicht erst seit heute Thema von Parlamentsdebatten ist.

„Auch wir erleben eine solche andauernde Diskussion seit es den Freistaat Sachsen gibt. Und immer wieder wird diese Diskussion auf die Personalausgaben beschränkt. Ausgelagerte, also privatisierte Aufgaben, gelten als Sachausgaben und stehen nicht zur Diskussion. Der von der Landesregierung des Freistaates Sachsen angekündigte Personalabbau prägt zunehmend die Entwicklung im öffentlichen Dienst. Arbeitsverdichtung und Aufgabenkonzentration, geringere Bürgernähe und ein abnehmendes Dienstleistungsangebot sowie Privatisierungen öffentlicher Aufgaben sind nur einige Folgerungen aus einer immer größer werdenden Liste zu bedauernder Entscheidungen des Landes und der Kommunen in Sachsen. Anfangs waren es ´mal 120 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jetzt sind noch 84 000 im Landesdienst beschäftigt. Nur rund 30 000 davon sind verbeamtet. Und die Zahl der Beschäftigten soll in den kommenden Jahren noch weiter sinken. Bei allem Verständnis für die Finanzierung dieser Leistungen aus Steuermitteln des Freistaates müssen wir als Spitzengewerkschaft der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Bereiche auch auf die damit einhergehenden Probleme für die Beschäftigten hinweisen. Damit verbunden sind Stress und weniger Zeit für die Erledigung der Aufgaben und, das wollen wir nicht vergessen, auch längere Bearbeitungszeiten für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, für die wir doch einfach nur Dienstleister sind. Wir sparen seit 1990 andauernd Personal und Standorte ein. Die Landkreise sind größer geworden, die Wege zu Ämtern damit länger. Originäre Aufgaben des Staates, wie zum Beispiel die Sicherheit in Gerichten, die Bahn und die Post sind teilweise in private Hände gelegt.

Wer heute weiter Personal einsparen will, der muss seinen Bürgerinnen und Bürgern - aber auch seinen Bediensteten - sagen, welche Aufgaben er künftig nicht mehr erfüllen will. Der muss sich einer öffentlichen Diskussion stellen, der muss Farbe bekennen!“, so Gerhard Pöschmann weiter.

Das Kernproblem sei die Frage: **Was kann und was muss sich der Freistaat künftig leisten, um die verfassungsmäßigen Aufgaben weiter in hoher Qualität erfüllen zu können und wie kann man den Staat als Arbeitgeber attraktiv erhalten?**

Der SBB hat mit seinen 34 Fachgewerkschaften zu diesem Thema intensiv diskutiert und dazu 10 Thesen aufgestellt.

### **These 1: „Staat schafft Sicherheit“**

Verwaltung darf nicht nur als Kostenfaktor wahrgenommen werden. Ob es um die Finanzverwaltung, die für die Steuereinnahmen und damit die Finanzierung des Staates an sich verantwortlich zeichnet, den Verbraucherschutz, die Polizei und den Justizvollzug, die Lehrer, Straßenwärter, Zöllner, Soldaten oder die Gerichtsvollzieher geht, immer geht es auch um öffentliche Sicherheit. Bürger wollen diese Dienstleistung und sie schätzen sie als ein hohes Gut. In einer kürzlich veröffentlichten Forsa-Umfrage bejahten 85% der Befragten die Unerlässlichkeit öffentlicher Verwaltung. Wohlgemerkt öffentlicher, nicht privat organisierter Verwaltung.

### **These 2: „Der Staat wird konkret durch den Mitarbeiter vor Ort wahrgenommen und an diesem gemessen.“**

Der Bürger muss von seinem konkreten Erfahrungsstand abgeholt werden. Effektive Verwaltung manifestiert sich durch einen konkreten und kompetenten Ansprechpartner vor Ort und dessen Aufgabenerledigung.

### **These 3: „Wer die Territorialität von Verwaltung in Frage stellt, verliert die Bürgernähe und einen kompetenten Ansprechpartner für die Wirtschaft.“**

Der Verlust des Arbeitsamtes in einem vernünftig erreichbaren Umkreis stellt keine Verbesserung der staatlichen Fürsorge dar. Der lange Weg zum Finanzamt wird für manchen von uns zu einer Tagesaufgabe. Auch der Bürger im kleinsten Ort Sachsens muss die Präsenz des Staates "wahrnehmen". Der Staat darf sich nicht aus der Fläche zurückziehen. Man darf nicht, der demographischen Entwicklung folgend, die letzten Ansprechpartner in kleinen Orten einschmelzen. Personalabbau im öffentlichen Dienst kann nicht proportional zur Bevölkerungsentwicklung erfolgen.

### **These 4: „Der Staat kann und darf nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten funktionieren.“**

Stellenabbau ist keine Aufgabe des Finanzministers. Aufgabenkritik ist nur Makulatur, wenn der Stellenabbau nach anderen Kriterien als der Frage, welche Aufgaben zu erledigen sind und wie viel Personal man dafür benötigt, betrieben wird. Sie führt zu einer Scheinaufgabenreduzierung, wenn sie sich an kurzfristigen Prozessen orientiert. Behörden sind anders als Privatbetriebe zur Erfüllung der Aufgaben verpflichtet und können sich ihre „Kunden“ nicht aussuchen.

### **These 5: „Bürokratieabbau kann nur durch klare gesetzliche Regelungen mit weniger Ausnahmetatbeständen gelingen.“**

Bürgernähe, einfache Zugänglichkeit und ständige Erreichbarkeit sind nur zu

Teilen und nur in bestimmten Bereichen umgesetzt.

**These 6: „Staatsmodernisierung muss auch von unten nach oben funktionieren.“**

Von unten nach oben heißt für den Sächsischen Beamtenbund, fragen wir doch einmal die Betroffenen, was sie von den eingeleiteten Prozessen halten? Beschreibungen einer modernen Verwaltung, versehen mit Adjektiven wie sparsam und trotzdem leistungsfähig, zukunftsfähig, effektiv und die von der CDU favorisierte Reduzierung auf Kernaufgaben, ließen eher die Vermutung aufkommen, dass der Umbau des Staates wieder nur von finanziellen Zwängen und nicht von der Frage nach den zu erfüllenden Aufgaben geprägt sein würde.

**These 7: „Personalgewinnung und Personalentwicklung sind kein Druck-, sondern ein Förderungsinstrument.“**

Der Staat darf sich aus seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Beschäftigten nicht zurückziehen. Der Staat muss sich um seine Mitarbeiter bemühen.

**These 8: „Die Attraktivität des Dienstes für den Staat muss erhöht werden.“**

Das Adjektiv attraktiv vor dem öffentlichen Dienst muss im weitesten Sinne interpretiert werden. Kompetente Mitarbeiter bedürfen einer gewissen Pflege. Für junge Leute benötigen wir attraktive Einstiegsbedingungen. Sie wollen Aufstiegsmöglichkeiten genauso in erreichbarer Nähe sehen wie familienfreundliche Arbeitsbedingungen für den Fall der Vergrößerung der Familie. Wir sprechen aber mit Absicht nicht mehr nur von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern wir wollen die Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf.

Wir befinden uns in zunehmend schärfer werdenden Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft. Die vergleichbar besseren Bedingungen in der Privatwirtschaft können nicht alle mit dem Argument des sicheren Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst erschlagen werden. Azubis werden mit den Füßen entscheiden, was für sie wichtig ist und es ist zu befürchten, wenn es uns nicht gelingt, den ÖD noch attraktiver zu machen, dass der öffentliche Dienst auf lange Sicht verliert.

**These 9: „Verbessertes Personalvertretungsgesetz als Grundlage verbesserter Mitbestimmung der Beschäftigten.“**

Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst braucht eine umfassende Mitbestimmung der Beschäftigten an sozialen, personellen und organisatorischen Entscheidungen. Das Beteiligungsniveau muss angehoben und der Themenkatalog erweitert werden.

**These 10: „Die Verbeamtung ist ein Fundament für verlässliche Verwaltung, gestützt durch Art. 33 Abs. 4 GG. Verbeamtung schafft Sicherheit.“**

Beamate garantieren eine effektive, unabhängige und verlässliche Erledigung staatlicher Aufgaben. Sie sind flexibel einsetzbar und sie garantieren die Aufgabenwahrnehmung hoheitlicher Aufgaben. Das sind naturgemäß die Bereiche, in denen der Staat anordnend und regelnd den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber tritt. Neben diesem „klassischen“ Auftrag ist heute der Aspekt

weiter in den Vordergrund getreten, Leistungen, die für das tägliche Leben und das Funktionieren der staatlichen Einrichtungen notwendig sind, verlässlich zu garantieren. Beamte sind einzig dem Gesetz verpflichtet. Die unparteiische Amtsführung, Beamte haben sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben parteipolitisch neutral zu verhalten, ist nur durch Beamte, nicht durch angestellte Arbeitnehmer, zu gewährleisten. Das Streikverbot garantiert eine kontinuierliche Dienstleistung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und darf deshalb nicht angetastet werden. Beamte sind auch nicht teurer als Angestellte. Sachsen hat bereits frühzeitig die Mittel aus den wegfallenden Geldern für Sozialbeiträge der Beamten in einen Generationenfond gesteckt und ihn verfassungsrechtlich schützen lassen. Damit hat Sachsen in Bezug auf die Pensionslasten kommender Jahre gut vorgesorgt.

## Vorbereitung der Tarifverhandlungen 2015

Zur Vorbereitung der Tarifrunde 2015 hatte die DBB-Tarifunion für den 10.11.2014 zum

### ***Branchentag Lehrer***

in das Chemnitzer BSZ Technik II - Handwerkerschule - eingeladen. Der Einladung waren ca. 80 Kolleginnen und Kollegen - darunter eine erfreulich große Zahl von den beruflichen Schulen - gefolgt.

Der Landesvorstand des LVBS war mit **Reinhard Plicka** (1.Vorsitzender), **Oliver Bergner** (Stellv. Landesvorsitzender), **Dr. Sabine Calov** (Stellv. Landesvorsitzende), **Jürgen Fischer** (RV-Vorsitzender Dresden) und **Frank Oertel** (RV-Vorsitzender Chemnitz) vertreten.



Die Veranstaltung wurde von **Steffen Winkler** (Vors. der Tarifkommission des SBB) moderiert. Seitens der DBB-Tarifunion nahmen deren Vorsitzender, **Willi Russ**, und der Verhandlungsführer zur Lehrerentgeltordnung, **Jens Weichelt**, teil. Ziel war es, Forderungen für die Anfang 2015 beginnenden Tarifverhandlungen zwischen DBB-Tarifunion und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammenzustellen.

Aus der Diskussion ergaben sich für die anstehenden Tarifhandlungen folgende

Zielstellungen:

- => **Aufwertung des Lehrerberufs durch Anerkennungssysteme (z. B. Einführung einer "Klassenleiterstunde")**
- => **Fachliche Qualifikationen aufwerten, Berufserfahrung anerkennen und dadurch Aufstiegsmöglichkeiten bei fehlender pädagogischer Ausbildung schaffen**
- => **Lehrer für Fachpraxis gerechter eingruppieren**
- => **Vollständige Angleichung Ost an West bei der Entgeltregelung (Jahressonderzahlung, Kündigungsschutz, Zuordnung zu den Entgeltgruppen)**
- => **Bundeseinheitliche Entgeltordnung**
- => **Lineare Anhebung des Entgeltes in Höhe des Tarifabschlusses 2014 für Arbeitnehmer beim Bund und den Kommunen**

Der Vorsitzende der Bundestarifkommission Willi Russ unterstrich die Komplexität der 2015er Tarifrunde. Insbesondere der Abschluss zu einer bundeseinheitlichen Lehrerentgeltordnung werde ein harter Brocken. Gegebenenfalls müsse man sich auf einen Stufenplan verständigen. Damit habe man "einen Fuß in der Tür" und die Eingruppierung sei dann aber tarifvertraglich geregelt.

Die DBB-Tarifunion wird weitere Branchentage in allen Bundesländern durchführen und danach am 18. Dezember 2014 den Forderungskatalog für die Tarifverhandlungen 2015 formulieren.

Für die Tarifverhandlungen sind zunächst der 16.02.2015, der 26./27.02.2015 und der 16./17.03.2015 vereinbart.

**Vorankündigung:**

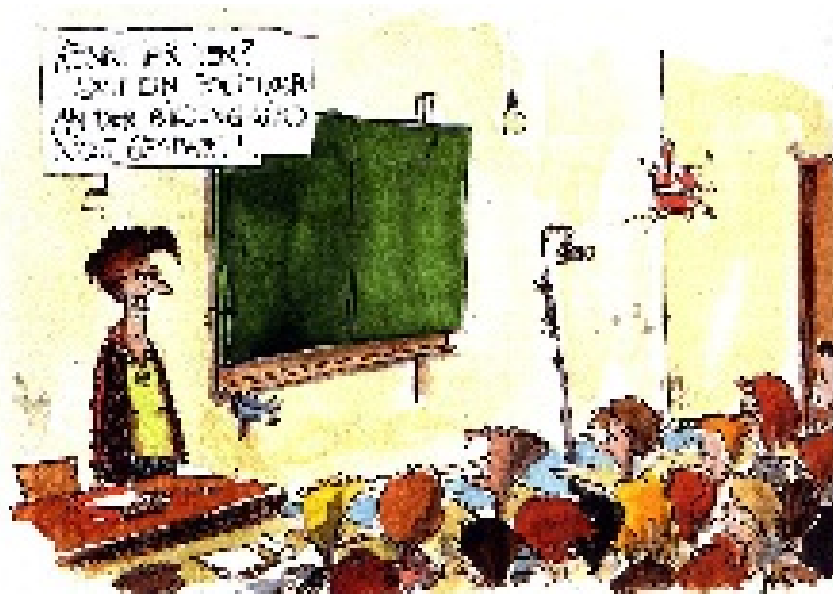
**LVBS-Frühlingsfest 2015**  
**Samstag, 9. Mai 2015**  
**Schloss Waldenburg**

## Große Pause

### Sudoku

	9		7		5	4		
								7
			8	3			9	
5		7		4				1
4			6		7			8
3				5		2		4
	7			9	6			
1								
		8	2		3		1	

### Karikatur/ Witz



Quelle: [http://freigeist.educare2.ch/info/wa\\_gen22/index.htm](http://freigeist.educare2.ch/info/wa_gen22/index.htm)

### Knobelecke:

Nach einer Safttour findet ein Mann ein Geldstück auf dem Fußweg und hebt es auf. Obwohl weder Mond noch Sterne am Himmel waren und auch keine Straßenbeleuchtung an war, hatte er das Geldstück schon von weitem gesehen. Wie ist das möglich?

Die folgende Geschichte wurde uns als wahr erzählt. Was stimmt an ihr nicht?

Vor ein paar Monaten schlief ein Mann während einer Predigt ein und träumte vom Boxer-aufstand in China. Im Traum wurde er gefangen genommen und zum Schafott geführt. In der Zwischenzeit bemerkte seine Frau, dass er eingenickt war. In dem Moment, als der Mann träumte, wie das Henkerbeil auf ihn niedersauste, gab ihm seine Frau mit ihrem Fächer einen Klaps auf den Nacken, um ihn aufzuwecken. Der Schock tötete den Mann auf der Stelle.



## Deutscher Arbeitgeberpreis 2014 für Berufliche Schulzentren aus Leipzig

Drei berufsbildende Schulen aus Leipzig sind mit dem Deutschen Arbeitgeberpreis 2014 in der Kategorie „Berufliche Bildung“ ausgezeichnet worden. Die ausgezeichneten Schulen haben das Leitthema des diesjährigen Preises „BILDUNG INKLUSIV - Potenziale entfalten durch Inklusion“ hervorragend umgesetzt. Den Preis erhielten sie für ihren Kooperationsverbund „Bildungskette“.

### Die Preisträger:

**BSZ 7 Elektrotechnik der Stadt Leipzig**

**BSZ 10 „Susanna-Eger-Schule“ der Stadt Leipzig**

**BSZ 12 „Robert Blum“ (berufsbildenden Förderschule) der Stadt Leipzig**

Die drei Beruflichen Schulzentren fördern systematisch und individuell lernbehinderte und sozial benachteiligte Schüler. Der Kooperationsverbund soll ihnen zum bestmöglichen beruflichen Abschluss verhelfen. Die verschiedenen Stufen der beruflichen Bildung ermöglichen auch jungen Menschen den Weg in die Arbeitswelt, deren Bildungsbiografien Brüche aufweisen oder die aufgrund individueller Beeinträchtigungen der besonderen Förderung bedürfen.

Zum Konzept gehört ein Kompetenzpass für die Auszubildenden, der die realistischen Einsatzmöglichkeiten der Absolventen gegenüber Arbeitgebern und Vermittlern der Arbeitsagenturen dokumentiert. Damit soll sichergestellt werden, dass die Betroffenen ihren Platz in der Arbeitswelt finden. Durch die enge Zusammenarbeit der drei BSZ soll zudem der Übergang aus einer Fachpraktiker-Ausbildung in eine Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf unter Anrechnung bereits erworbener Kompetenzen erleichtert werden.

Auszubildende, Fach- und Klassenlehrer, Ausbilder und Eltern beraten in regelmäßigen Bildungskonferenzen den individuellen Lernfortschritt der Schüler und formulieren Zielvereinbarungen für die weiteren Bildungsschritte.

*(Quelle: Medienservice Sachsen vom 12.11.2014)*

### Nützliche Links:

"Sicherheitszeichen" - Unterrichtsmaterialien für die Berufsschule  
unter [www.lvbs-sachsen.de/Fachgruppen](http://www.lvbs-sachsen.de/Fachgruppen)

## 20. ÖPR-Stammtisch

Von Jürgen Fischer



Der LVBS-Regionalverband Dresden hatte für den 8. Oktober 2014 seine ÖPR-Vorsitzenden der BSZ zum nunmehr 20. Stammtisch in die Gaststätte „Zum Schießhaus“ in Dresden eingeladen. Der Einladung folgten ÖPR-Vertreter aller betroffenen BSZ.

In seiner Begrüßung ging der Vorsitzende des Regionalverbandes Dresden, **Jürgen Fischer**, auf die Verdienste von **Andreas Adler** ein, der den ÖPR-Stammtisch aus der Taufe gehoben hatte. LVBS-Geschäftsführerin **Ute Thierbach** würdigte den regelmäßigen Erfahrungsaustausch der ÖPR-Vertreter als eine entscheidende Grundlage für eine sach- und personenbezogene Arbeit der Örtlichen Personalräte an den Schulen. Im Namen des Landesvorstandes bedankte sie sich bei den Anwesenden für ihre engagierte Arbeit mit einem Weinpräsent und verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass dieser langjährigen Stammtischtradition eine erfolgreiche Fortsetzung beschert ist. Der LVBS werde die Treffen weiterhin initiieren und unterstützen.

Ohne Vorgabe eines festen Themas tauschten die Anwesenden auch diesmal Erfahrungen und Meinungen zu den Dauerbrennern Abordnungen, Versetzungen, Teilzeitbeschäftigung, zumutbare wöchentliche Arbeitszeit etc. aus.

Bei der Problematik der Teilzeitbeschäftigung wurde die Besonderheit von "Alt-" bzw. "Neu"-Verträgen hervorgehoben. Die Vorsitzenden der ÖPR sind aussagefähig welche Ansprüche bzw. Rechte bei Vereinbarungen oder Anweisungen durch die Schulleitungen bestehen.

Beim Thema Abordnung gab es ebenso eine rege Diskussion. Besonders wurden die Einflussmöglichkeiten der ÖPR und die dabei geltenden Rechtsvorschriften erörtert. Ein ganz wesentlicher Punkt dabei war, dass die betreffenden Kollegen mehr auf die Bedingungen und Gestaltung der Abordnung Einfluss nehmen sollten, als sich gegen eine Abordnung von vornherein zu wehren. Der Gesetzgeber hat hier den Arbeitgeber mit weitreichenden Rechten ausgestattet.

Auch die Rechtslage und Möglichkeit der Beeinflussung bei mehrmaliger Abordnung wurden ausführlich diskutiert und führten zu mehr Rechtssicherheit bei den ÖPR-Vorsitzenden. **Jürgen Fischer** verwies auf die Möglichkeit der Teilnahme einer Person des Vertrauens bei den Gesprächen, die durchaus dem LBPR, einer Interessenvertretung, aber auch dem ÖPR angehören kann.



Foto: J. Fischer

Für vorherige Informationsgespräche steht vor allem die Fachgruppe Berufliche Schulen des Bezirkspersonalrates zur Verfügung.

Ein ganz besonders schwerwiegendes Thema wurde mit der veränderten Belastung der Kolleginnen und Kollegen in Vollzeit angesprochen. Durch Teilzeit, Schwerbehinderung, Mutterschutz und viele andere Maßnahmen wird diese Beschäftigtengruppe anteilig mit mehr Aufgaben belastet. Durch den demografischen Wandel kommt erschwerend dazu, dass ein Großteil der Beschäftigten im fortgeschrittenen Alter ist und damit ebenfalls an Belastungsgrenzen kommt. Hier waren sich alle Beteiligten einig, dass mehr Anerkennung der „unterrichtsfremden“ Tätigkeiten eingefordert werden muss. Die Übernahme von neuen oder anderen Aufgaben muss mit Einarbeitungszeiten bzw. mit Anrechnungsstunden erleichtert werden.

Als Fazit kann festgestellt werden, dass der ÖPR-Stammtisch seiner Funktion als Ort des Gedankenaustausches immer mehr gerecht wird. Waren es anfangs meist Treffen mit Vortragscharakter, ist es zwischenzeitlich gelungen, Diskussionen und Gedankenaustausch in den Mittelpunkt der Veranstaltung zu bringen.

Hier zeigen sich gute Ansätze, dass sich die ÖPR-Vorsitzenden untereinander helfen und beraten. Ein gutes Beispiel ist hierfür der Austausch über Probleme bei der Fusion von Berufsschulzentren, weil mehrere Vorsitzende Anregungen und Hinweise zur Beeinflussung des Vorganges durch die ÖPR gaben.

So fand mancher Personalvertreter wiederum Ansätze zur Lösung der an seiner Einrichtung existierenden Probleme.

Die ÖPR-Vorsitzenden verabredeten sich für den **25.03.2015** zum nächsten Stammtisch.

## Praktische Tipps für die neue Ausbildung im Büro

### Umsetzungshilfe für "Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement" erschienen

Aus Drei mach' Eins: So lautete seinerzeit das Motto bei der Neuordnung des dreijährigen Ausbildungsberufs "Kaufmann/-frau für Büromanagement", in dem seit dem 1. August 2014 ausgebildet wird. Die bisherigen Berufe "Bürokaufmann/-frau", "Kaufmann/-frau für Bürokommunikation" und "Fachangestellte/-r für Bürokommunikation" wurden inhaltlich überarbeitet und zu einem Ausbildungsberuf zusammengeführt. Doch welche Auswirkungen hat diese Neuordnung konkret für die Ausbildungspraxis im Büro? Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat daher innerhalb seiner Schriftenreihe "Ausbildung gestalten" Umsetzungshilfen und Praxistipps zur neuen Büromanagement-Ausbildung veröffentlicht.

"Die neue Publikation des BIBB, die gemeinsam mit Expertinnen und Experten der betrieblichen Ausbildungspraxis erstellt wurde, ist ein wichtiger Beitrag für eine aktuelle und qualifizierte Berufsausbildung im Büro und ein Beleg für die fortwährende Modernisierung des dualen Systems in Deutschland", betont BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser.

Der neue Ausbildungsberuf ist auf moderne Büro- und Geschäftsprozesse ausgerichtet und beinhaltet Wahlqualifikationen, mit denen Betriebe aller Branchen flexibel ausbilden können. Mit konkreten Hinweisen zur Planung und Durchführung der Ausbildung, zu Lernformen und -methoden sowie zur Prüfung richtet sich die Veröffentlichung direkt an die Ausbildungspraxis und bietet dem ausbildenden Personal eine wesentliche Unterstützung bei der konkreten Arbeit mit den Auszubildenden. Eine begleitende CD-ROM mit weiterführenden Informationen, ausführlichen Beispielen und Checklisten rundet das Angebot ab.

Die BIBB-Publikation "Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement" können zum Preis von 24,90 Euro bestellt werden unter [www.bibb.de/umsetzungshilfe-bueromanagement](http://www.bibb.de/umsetzungshilfe-bueromanagement)

Weitere Informationen zum Ausbildungsberuf "Kaufmann/-frau für Büromanagement" im Internetangebot des BIBB unter [www.bibb.de/ausbildung-bueromanagement](http://www.bibb.de/ausbildung-bueromanagement)

*(Quelle: BIBB-PM 46/2014)*

## Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2015

Die Bundesregierung hat die Verordnung über maßgebende Rechengrößen der Sozialversicherung für 2015 (Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2015) beschlossen.

Mit der Verordnung werden die Rechengrößen der Sozialversicherung aktualisiert, die sich an der Lohn- und Gehaltsentwicklung im Jahre 2013 orientieren. Für die Fortschreibung der Werte wird auf die durch das Statistische Bundesamt ermittelten Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer ohne Personen in Arbeitsgelegenheiten mit Entschädigungen für Mehraufwendungen zurückgegriffen, die in den alten Ländern 1,99 % und in den neuen Ländern 2,19 % betrug.

Demgemäß werden in der Verordnung festgelegt:

- => Die Beitragsbemessungsgrenze im Jahr 2015 in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt 72.600 Euro jährlich und 6.050 Euro monatlich.
- => Die Beitragsbemessungsgrenze (Ost) im Jahr 2015 in der allgemeinen Rentenversicherung beträgt 62.400 Euro jährlich und 5.200 Euro monatlich.
- => Die bundeseinheitlich geltende Jahresarbeitsentgeltgrenze (Versicherungspflichtgrenze) in der gesetzlichen Krankenversicherung beträgt für das Jahr 2015 54.900 Euro (4.575 Euro monatlich).
- => Die ebenfalls bundeseinheitliche Jahresarbeitsentgeltgrenze für Arbeitnehmer, die am 31.12.2002 wegen Überschreitens der an diesem Tag geltenden Jahresarbeitsentgeltgrenze versicherungsfrei und bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichert waren (§ 6 Abs. 7 SGB V), beträgt 49.500 Euro (4.125 Euro monatlich).
- => Die einheitliche Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung beträgt für das Jahr 2015 ebenfalls 49.500 Euro jährlich.
- => Das vorläufige Durchschnittsentgelt in der Rentenversicherung für das Jahr 2015 wird auf 34.999 Euro festgesetzt.
- => Das Durchschnittsentgelt für das Jahr 2013 beträgt 33.659 Euro.
- => Die Bezugsgröße in der Sozialversicherung gem. § 18 Abs. 1 SGB IV beträgt im Jahr 2015 34.020 Euro jährlich und 2.835 Euro monatlich.
- => Die Bezugsgröße (Ost) im Jahr 2015 beträgt 28.980 Euro jährlich und 2.415 Euro monatlich.

Der Bundesrat muss der Verordnung noch zustimmen.

*(Quelle: DBB-Info 55/2014)*

## BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum

**Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen e.V.**  
**- LVBS Sachsen -**

Name, Vorname:	
Geburtsort	Geburtstag:
Privatanschrift	Tel.: FAX: E-Mail:
Schulanschrift:	Tel.: FAX: E-Mail:
Qualifikation / Abschluss:	Tätigkeit / Funktion:
Im Berufsschuldienst seit	Beitritt am: (Datum)
Ich wünsche die Zuordnung zur Fachgruppe: (Bitte ankreuzen) Gewerbliche, haus- und landwirtschaftliche Berufe <input type="checkbox"/> Kaufmännische Berufe <input type="checkbox"/> Gesundheitsfach-, pflegerische und soziale Berufe <input type="checkbox"/>	Ich wünsche die Verbandszeitschrift (Bitte ankreuzen) Die Berufsbildende Schule <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Erziehung <input type="checkbox"/>
Mit Abgabe dieser Beitrittserklärung erkenne ich die Satzung des LVBS Sachsen e. V. an.	
Ort, Datum:	Unterschrift:

## Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich den LVBS Sachsen e. V. widerruflich, meine satzungsgemäßen Beiträge vierteljährlich zu Lasten meines Kontos

IBAN:	BIC:
Kontoführendes Institut:	

mittels Lastschrift einzuziehen.

Zugleich weise ich mein Geldinstitut an, die vom LVBS Sachsen e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Ort, Datum  
 LVBS Geschäftsstelle  
 Strehlener Platz 2  
 01219 Dresden

Unterschrift  
 ☎ / FAX : (03 51) 4 73 52 88  
 E – Mail: kontakt@lvbs-sachsen.de

Bankverbindung:  
 Kto.-Nr. 2462400  
 BLZ: 85020086 (Hypovereinsbank)

# MITGLIEDERSERVICE

**Kostenlose Rechtsberatung** zu Arbeitsrechtsfragen für LVBS Mitglieder im Jahr 2015 an folgenden Tagen:

<b>04.02.2015</b>	<b>04.03.2015</b>	<b>01.04.2015</b>	<b>06.05.2015</b>	<b>03.06.2015</b>
<b>01.08.2015</b>	<b>05.08.2015</b>	<b>02.09.2015</b>	<b>07.10.2015</b>	<b>04.11.2015</b>
<b>02.12.2015</b>				

Die **kostenlose Rentenberatung** findet für Verbandsmitglieder an folgenden Tagen statt:

<b>29.01.2015</b>	<b>26.20.2015</b>	<b>26.03.2015</b>	<b>23.04.2015</b>	<b>28.05.2015</b>
<b>25.06.2015</b>	<b>23.07.2015</b>	<b>27.08.2015</b>	<b>24.09.2015</b>	<b>22.10.2015</b>
<b>26.11.2015</b>	<b>17.12.2015</b>			

Ort jeweils: Sächsischer Beamtenbund  
Landesgeschäftsstelle  
Theresienstraße 15  
01097 Dresden

Zur Vermeidung von Wartezeiten ist telefonische Anmeldung unter

**0351 4716824**

zu empfehlen.

Hinweis: Bitte nehmen Sie zur Rechtsberatung einen von der LVBS-Landesgeschäftsstelle bestätigten Rechtsschutzantrag mit.

Den Rechtsschutzantrag können Sie sich unter

[www.lvbs-sachsen.de](http://www.lvbs-sachsen.de)

herunterladen.

*(Landesgeschäftsstelle)*

Impressum:



LVBS Sachsen e. V. 0351 4735288  
Strehleener Platz 2 0351 4735288 (Fax)  
01219 Dresden kontakt@lvbs-sachsen.de  
www.lvbs-sachsen.de

Redaktion:  
Der Landesvorstand

**Bitte beachten Sie folgende Termine bei der Zusendung von Beiträgen:**

Ausgabe:	03-04/2015	05-06/2015	07-08/2015
Redaktionsschluss:	19.01.2015	20.03.2015	22.05.2015